

Wissen: Aula

Die Revolution von 1918

Der wahre Beginn unserer Demokratie

Von Wolfgang Niess

Sendung: 4.11.2018

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2018

Man könnte annehmen, dass jedes Schulkind in Deutschland von diesem bedeutsamen Ereignis erzählen kann. Aber weit gefehlt. Diese Revolution ist eine "vergessene Revolution".

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Anmoderation:

Mit dem Thema: „Die Revolution von 1918 – der wahre Beginn unserer Demokratie“.

Heute vor 100 Jahren begann in Kiel ein Aufstand, der innerhalb weniger Tage zur Revolution wird und das ganze Deutsche Reich erfasst. In der Folge entsteht zum ersten Mal in Deutschland eine liberale und soziale Demokratie – mit Wahlrecht auch für Frauen.

Man könnte annehmen, dass diese Wiege der Nachkriegsdemokratie in der BRD jedes Schulkind kennt, doch weit gefehlt. Die Revolution ist eine vergessene Revolution.

Warum sich das ändern sollte, erklärt der Historiker und Buchautor Wolfgang Niess.

Wolfgang Niess:

Der Auftakt ist atemberaubend. Kiel am 4. November, Lübeck und Brunsbüttel am 5. Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven folgen am 6., Hannover, Oldenburg,

Braunschweig, Köln und München am 7. November. Dann Leipzig und die meisten großen Städte Westdeutschlands. Innerhalb weniger Tage erfasst eine revolutionäre Bewegung das ganze Land. In Berlin treten am 9. November Hunderttausende in den Generalstreik und machen sich in gewaltigen Demonstrationen auf den Weg in die Innenstadt.

Am Mittag sind Straßen und Plätze der Innenstadt voller Menschen, als der Rücktritt des Kaisers verkündet wird. Auf dem Brandenburger Tor, dem Schloss und dem Reichstag wehen rote Fahnen. Sowohl der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann als auch Karl Liebknecht vom Spartakusbund rufen die Republik aus. Es sind symbolische Handlungen, nicht mehr und nicht weniger. Keiner der beiden hat die Macht oder das Mandat, irgendetwas zu entscheiden. Die Revolution hat keinen Führer, sondern wird getragen von einer spontanen Bewegung, die eine unwiderstehliche Kraft entwickelt.

Theodor Wolff, der liberale Chefredakteur des Berliner Tageblatts, spricht in seinem Leitartikel am folgenden Tag von der „größten aller Revolutionen“, die wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime gestürzt habe. „Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist. (...) eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war, in Berlin wenigstens, das alles noch da. Gestern Nachmittag existierte nichts mehr davon.“

Was sich im November 1918 Bahn bricht, ist zunächst vor allem eine gewaltige Sehnsucht nach Frieden. Mehr als vier Jahre dauert inzwischen der Erste Weltkrieg. Er hat Millionen Soldaten das Leben gekostet, und auch in der Heimat herrschen Hunger und Not. Dazu kommt im letzten Kriegsjahr die Spanische Grippe, der Hunderttausende zum Opfer fallen. Im Sommer 1918 scheitert die letzte Offensive an der Westfront. Seit dem Kriegseintritt der USA greifen immer mehr frische amerikanische Truppen in die Kämpfe ein. Die Oberste Heeresleitung fürchtet, dass ein Durchbruch unmittelbar bevorsteht.

Plötzlich und sehr vehement verlangt sie Ende September, so schnell wie möglich einen Waffenstillstand zu erreichen. Aber nicht nur das. Weil US-Präsident Woodrow Wilson angekündigt hat, er werde einen Verständigungsfrieden keinesfalls mit den bisherigen Machthabern schließen, befiehlt die Oberste Heeresleitung auch, die sogenannten Mehrheitsparteien im Reichstag an der Regierung zu beteiligen und die Verfassung zu ändern.

Alles muss blitzschnell gehen. Schon am 3. Oktober wird Prinz Max von Baden der erste Kanzler einer neuen Regierung, in die auch Sozialdemokraten, Linksliberale und Zentrumsmitglieder eintreten. Unmittelbar nach ihrem Zustandekommen bittet die neue Regierung den amerikanischen Präsidenten darum, einen Waffenstillstand herbeizuführen. Mit schier unglaublicher Geschwindigkeit wird dann eine Verfassungsreform durchgepeitscht, und bereits Ende Oktober ist das Deutsche Reich angeblich eine parlamentarische Monarchie – in den Kriegsjahren ist es zu einem Staat geworden, in dem das Militär über diktatorische Macht verfügt.

Für die deutsche Öffentlichkeit kommt all das völlig überraschend. Hat man nicht Russland im Frühjahr einen Siegfrieden aufgezwungen? Stehen die deutschen Truppen nicht weit in Frankreich? Die meisten verstehen nicht, was da geschieht. Das nationale Lager ist fassungslos. Die einfachen Soldaten und Arbeiter hoffen vor allem, dass jetzt möglichst schnell Schluss ist mit dem Leiden und Sterben.

Doch daraus wird nichts. Die hektischen Aktivitäten überzeugen die amerikanische Regierung nicht. Sie will genau wissen, ob das deutsche Volk jetzt tatsächlich die Macht hat, über sein Schicksal selbst zu bestimmen. Diplomatische Noten werden ausgetauscht, die Amerikaner fordern Garantien. Das geht den deutschen Militärs dann doch zu weit. Am 24. Oktober vollziehen sie eine Kehrtwende. Die Heeresleitung ordnet an, den militärischen Kampf wieder aufzunehmen, und die Seekriegsleitung befiehlt der Flotte, sich für eine große Schlacht gegen die Royal Navy bereit zu machen. Es ist ein Geheimbefehl, den auch der Reichskanzler nicht kennt. Die Flotte wird vor Wilhelmshafen zusammengezogen, am 30. Oktober soll sie in Richtung Themsemündung auslaufen.

Auf den Schiffen sickert durch, was die Flottenleitung plant. Matrosen durchschauen, dass hier alle Bemühungen um den scheinbar so nahen Waffenstillstand torpediert werden sollen. In der Nacht vor dem Auslaufen kommt es zur offenen Meuterei. Der Flottenchef lässt die Meuterer verhaften, bläst jedoch das Flottenunternehmen ab und schickt die Schiffe wieder zu ihren Standorten zurück. Er ist aber nicht mehr Herr der Lage. In Kiel versuchen Matrosen, ihre verhafteten Kameraden frei zu bekommen, Arbeiter schließen sich an, die Meuterei wird zum Aufstand und erfasst schnell das ganze Land.

Nicht nur die militärische Führung, auch der Kaiser hat viel zur revolutionären Stimmung beigetragen, weil er nicht bereit war, persönliche Konsequenzen aus der offenkundigen Niederlage zu ziehen. Immer stärker setzt sich im Oktober die Auffassung durch, mit dem Kaiser an der Spitze werde es keinen schnellen Waffenstillstand geben, Wilhelm II. müsse zurücktreten. Selbst in monarchistischen Kreisen fordert man seine Abdankung, um eine Revolution zu vermeiden. Russland ist ein warnendes Beispiel.

Nach dem Kieler Aufstand spitzt sich die Lage von Tag zu Tag zu. In der Nacht vom 8. auf den 9. November entscheidet sich die Führung der SPD, die Regierung des Prinzen Max zu verlassen, in die sie einen Monat zuvor eingetreten ist. Es ist eine Wende in buchstäblich letzter Minute. Nur so kann die SPD vermeiden, in den Strudel des untergehenden Kaiserreichs gezogen zu werden. Sie will den Kontakt zur kriegsmüden sozialistischen Arbeiterschaft nicht verlieren, und es gelingt ihr mit dieser Volte sogar, zu einem entscheidenden Faktor der Revolution zu werden. In derselben Nacht rufen der Spartakusbund sowie die Berliner Revolutionären Obleute zum Generalstreik auf. Beide Gruppen gehören der USPD an, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die sich im Verlauf des Krieges von der SPD abgespalten hat.

Noch am Morgen des 9. November geht allerdings der militärische Befehlshaber in Berlin davon aus, eine Revolution niederschlagen zu können. Er hat als kaisertreu geltende Truppen in der Hauptstadt zusammengezogen, ausgerüstet mit Maschinengewehren und Artillerie. Auch Flugzeuge mit Bomben stehen bereit. Reichskanzler Max von Baden ist völlig damit einverstanden, das gesamte Arsenal

gegen Demonstranten und Aufrührer einzusetzen. Das Regime schreckt auch vor einem fürchterlichen Blutbad nicht zurück.

Es ist alles andere als ein Spaziergang, was am 9. November 1918 in Berlin stattfindet. gehalten. Streikende und Demonstranten, die sich am Morgen auf den Weg ins Zentrum machen, wissen nicht, ob sie den Abend erleben werden. Es liegt allein an den Soldaten, dass es nicht zu Massakern kommt. Sie verweigern ihren Offizieren den Gehorsam. Viele schließen sich spontan der Revolutionsbewegung an.

Prinz Max von Baden startet am 9. November noch einen letzten Versuch, einen scheinbar systemimmanenten Übergang zu bewerkstelligen. Er überträgt dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers. Staatsrechtlich gibt es dafür keinerlei Grundlage, und die revolutionäre Dynamik geht innerhalb eines Tages darüber hinweg. Schon am nächsten Tag ist von einem Reichskanzler Ebert keine Rede mehr.

Nach dem erfolgreichen Sturz des Kaiserreichs werden am Morgen des 10. November in allen Berliner Fabriken und Kasernen Arbeiter- und Soldatenräte gewählt. Die Reichshauptstadt folgt damit dem Muster aller anderen Städte, in denen die revolutionäre Bewegung sich durchgesetzt hat. Schon bei Streiks in den Kriegsjahren hatten die Arbeiter Räte gewählt, einfache Organe der Organisation und Führung, weil weder die Parteien noch die Gewerkschaften solche Streiks offiziell führen konnten und wollten. Die meisten Mitglieder dieser Räte sind gestandene Gewerkschafter und Sozialdemokraten beider Parteien.

Mit den Sowjets in der russischen Revolution haben diese Räte kaum mehr als den Namen gemeinsam. Sie sind kein Instrument einer Partei, so wie die deutsche Novemberrevolution nicht das Werk einer Gruppe oder Partei ist. Weder die Revolutionären Obleute noch der Spartakusbund oder andere Gruppen der radikalen Linken können in Anspruch nehmen, die Revolution „gemacht“ zu haben. Anders als der Staatsstreich der Bolschewiki ein Jahr zuvor, ist die deutsche Novemberrevolution tatsächlich eine Revolution: eine spontane Erhebung großer Volksmassen, die einen Regimewechsel herbeiführen und sich dabei außerhalb der Bahnen des alten Regimes bewegen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte verkörpern in den ersten Novembertagen diese Revolutionsbewegung. Sie sind Inhaber der politischen, der administrativen, der polizeilichen und auch der militärischen Gewalt. Die Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, sollen sich am Nachmittag des 10. November im Rundbau des Circus Busch versammeln, um stellvertretend für die gesamte Revolutionsbewegung eine provisorische Regierung für das Deutsche Reich zu wählen.

Am Morgen des 10. November erscheint der *Vorwärts* mit der Schlagzeile „Kein Bruderkampf“. Das SPD-Zentralorgan trifft damit punktgenau die Stimmung in der Arbeiterschaft: Nach den Jahren des Streits über Krieg und Kriegskredite soll die sozialdemokratische Bewegung jetzt einheitlich handeln. Die Spitzen von SPD und USPD setzen alles daran, der Räteversammlung am Nachmittag einen gemeinsamen Regierungsvorschlag präsentieren zu können. Über die Wunden, die im jahrelangen Streit geschlagen wurden, versucht man hinwegzukommen. Karl Liebknecht allerdings lehnt es ab, in eine gemeinsame Regierung einzutreten.

Die Spitze der neuen Regierung soll aus jeweils drei Vertretern beider Parteien bestehen. Friedrich Ebert und Hugo Haase, die beiden Parteichefs, sollen gleichberechtigte Vorsitzende werden. Das Ergebnis stößt in der Räteversammlung auf breite Zustimmung. Die neue Regierung wird mit überwältigender Mehrheit gewählt. Sie nennt sich „Rat der Volksbeauftragten“.

Schon zwei Tage danach erlässt dieser „Rat der Volksbeauftragten“ einen „Aufruf an das deutsche Volk“. Der verkündet mit Gesetzeskraft, dass von nun an in Deutschland alle Parlamente in direkter, allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahl bestimmt werden. Frauen bekommen das Wahlrecht. Das Preußische Dreiklassenwahlrecht wird abgeschafft. Die Zensur wird aufgehoben, ab sofort gelten Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Für Betriebe und Behörden wird der Acht-Stunden-Tag verkündet. Ohne große Debatte beschließt die Revolutionsregierung eine ganze Reihe von politischen und sozialen Rechten, für die die Arbeiterbewegung Jahrzehnte lang gekämpft hat – und die für uns heute selbstverständlich sind. Wir verdanken sie der Revolution von 1918/19, aber wir sind uns dessen nicht bewusst.

Kurz darauf schließen Gewerkschaften und Unternehmerverbände ein Abkommen, mit dem erstmals die Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiterschaft anerkannt werden. Beide Seiten verständigen sich auch darüber, die gesamte deutsche Wirtschaft in Zukunft gemeinsam und paritätisch zu organisieren. Dieses Abkommen ist die Wurzel von Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung, wie sie bis heute unsere soziale Marktwirtschaft prägen.

Gelegentlich ist argumentiert worden, das alles wäre auch ohne Revolution verwirklicht worden. Die Revolution sei unnötig gewesen, weil das Deutsche Reich ja schon mit den Reformen im Oktober eine parlamentarische Regierungsform bekommen habe.

Die existierte jedoch nur auf dem Papier und hatte keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen der führenden Militärs, die nach wie vor die Macht im Staat hatten. Auch Kaiser und Reichskanzler waren nicht dauerhaft bereit, sich auf eine vom Parlament gewählte und kontrollierte Regierung einzulassen. Das zeigen ihre später niedergeschriebenen Erinnerungen sehr deutlich. Das Volk musste tatsächlich auf die Straße gehen, und sich die Macht erkämpfen, damit die parlamentarische Republik mit liberaler und sozialer Verfassung Wirklichkeit werden konnte. Ohne Revolution keine Demokratie.

Warum aber ist so wenig bewusst, was wir der Revolution 1918/19 verdanken?

Es hat damit zu tun, dass viele der Reformen rasch und mit großer Selbstverständlichkeit umgesetzt werden und kaum auf Widerstand stoßen. Vor allem aber liegt es daran, dass diese Erfolge schnell von politischen Kämpfen überlagert werden, die das Bild der Revolution negativ prägen.

Der Spartakusbund um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg lehnt allgemeine Wahlen zu einer Nationalversammlung ab und propagiert „Alle Macht den Räten“. Viele Zeitgenossen sehen russische Verhältnisse drohen. Unternehmer finanzieren mit Millionenbeträgen Kampagnen gegen den „Bolschewismus“.

Alles dreht sich in der Propaganda beider Lager um die Wahl der Nationalversammlung. Dabei ist die gar nicht gefährdet. Der Reichsrätekongress, zu dem sich Mitte Dezember Vertreter aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin versammeln, stimmt mit überwältigender Mehrheit für Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung bereits am 19. Januar 1919. Der revolutionäre Souverän bekennt sich also völlig eindeutig zur parlamentarischen Demokratie, und keine Gruppe der radikalen Linken ist personell und strukturell in der Lage, einen Staatsstreich durchzuführen. Das unterscheidet die Lage in Deutschland elementar von der russischen ein Jahr zuvor. Liebknecht und seine politischen Freunde machen zwar lautstark Propaganda, aber objektiv stellt der sogenannte Bolschewismus keine ernsthafte Gefahr dar. Subjektiv sehen das viele Zeitgenossen ganz anders. Die Propaganda beider Lager führt zu hysterischen Ängsten.

Der Reichsrätekongress trifft neben der Wahl-Entscheidung zwei andere Richtungsentscheidungen. Er beschließt eine demokratische Umgestaltung der Armee, und er beauftragt die Regierung, sofort mit der Sozialisierung der dafür reifen Industrien zu beginnen. Die drei Beschlüsse in ihrer Gesamtheit deuten an, worum es der Revolutionsbewegung im November und Dezember geht: nicht um irgendeine Art von Räterepublik, sondern um parlamentarische Demokratie *und* eine insgesamt demokratische Gesellschaft. Der Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs soll „demokratisiert“ werden. In Verwaltung und Armee soll demokratischer Geist herrschen. Natürlich auch in Schulen, Universitäten und Gerichtssälen. Und nicht zuletzt soll im Bergbau mit der Sozialisierung begonnen werden, die beide sozialistische Parteien seit langem fordern.

Über das Ziel einer umfassend demokratischen und sozialen Republik bestehen zwischen den Regierungsparteien kaum Differenzen. Während es aber der SPD-Spitze mit der Wahl der Nationalversammlung nicht schnell genug gehen kann, will die Mehrheit der USPD zuvor eine Reihe von Reformen einleiten, um die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft unumkehrbar zu machen.

Gemeinsam stehen SPD und USPD vor gewaltigen Alltagsproblemen. Das Millionen-Heer muss zurückgeholt werden, die Menschen müssen mit Nahrung und Brennstoff versorgt werden, die Wirtschaft muss wieder in Gang kommen. Bei alledem meint vor allem die SPD-Spitze, auf Experten des alten Regimes nicht verzichten zu können. Das gibt der Revolution über kurz oder lang einen konservativen Zug.

Es kommt Ebert und der SPD-Führung sehr gelegen, dass schon am Abend des 10. November General Groener in der Reichskanzlei anruft, der strategische Kopf der OHL. Groener sagt der neuen Regierung die Unterstützung der Heeresleitung und insbesondere ihres Chefs Generalfeldmarschall von Hindenburg zu. Ebert nimmt das Angebot dankend an und erkennt nicht, wie vergiftet es ist. Der OHL geht es vor allem darum, möglichst viel vom Geist des Preußischen Offizierskorps in die neue Zeit hinüberzuretten. Groener ist sicher: Wenn es gelingt, die ersten Wochen zu überstehen, dann kann man die Revolution womöglich Zug um Zug eindämmen, vielleicht sogar rückgängig machen.

Offiziere des Heeres nutzen vielfach schon den Rückmarsch von der Front dazu, Arbeiter- und Soldatenräte aufzulösen, und die Heeresleitung plant, mit den

zurückkehrenden Berliner Truppen bereits am 10. Dezember die Macht in der Hauptstadt an sich zu reißen. Die Stimmung wird immer nervöser.

Die Arbeiter- und Soldatenräte verlieren nach und nach an Einfluss. Sie waren zunächst unverzichtbar für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens und der Ordnung, aber je mehr die hergebrachte Verwaltung wieder in Gang kommt, desto stärker werden sie im Alltag an den Rand gedrängt und fürchten, die Revolution werde zurückgedreht. Immer wieder kommt es in Berlin Anfang Dezember zu kleineren Schießereien. Am Nikolaustag wird eine angemeldete und friedliche Demonstration des Spartakusbundes mit Maschinengewehren beschossen. Karl Liebknecht macht die Regierung für die 14 Toten und 30 Verletzten verantwortlich. Putschgerüchte machen die Runde.

Im letzten Moment verzichten die Militärs darauf, am 10. Dezember zuzuschlagen. Aber am Morgen des 24. Dezember besetzen Truppen der OHL wichtige strategische Punkte und gehen gegen die Volksmarinedivision vor, die in Berlin zum Schutz der Revolution stationiert ist. Dieser Putschversuch scheitert zwar am Widerstand der Berliner Arbeiter, aber es gelingt der Heeresleitung, SPD- und USPD-Volksbeauftragte so gegeneinander auszuspielen, dass sich die USPD nach Weihnachten aus der Regierung zurückzieht. Zugleich begeben sich die SPD-Volksbeauftragten jetzt in eine fatale Abhängigkeit von der Heeresleitung. Während der Spartakusbund in seiner Propaganda gegen die angeblichen „Bluthunde und Arbeitermörder“ in der Regierung immer maßloser wird, gewinnen in der SPD-Spitze diejenigen Kräfte die Oberhand, die mit militärischer Gewalt für Ruhe und Ordnung sorgen wollen. Die OHL setzt nach der herben Schlappe zu Weihnachten nun ganz auf Freiwilligenverbände, für die sie vorwiegend Offiziere und Unteroffiziere des alten Heeres anwirbt, häufig Männer mit nationalistischem oder völkischem Hintergrund. Einige dieser Freikorps-Kämpfer tragen bereits das Hakenkreuz auf dem Stahlhelm.

Anfang Januar wird dann eine Großdemonstration in Berlin zum halbherzigen Aufstand. Gebäude im Zeitungsviertel werden besetzt. Das bietet den Militärs Gelegenheit, mit der radikalen Linken abzurechnen. Mit der Bemerkung „einer muss der Bluthund werden“ übernimmt der SPD-Volksbeauftragte Gustav Noske die politische Verantwortung für den Militäreinsatz. Bereits am 12. Januar sind alle besetzten Gebäude freigekämpft. Danach rücken die Freikorps der Heeresleitung in die Hauptstadt ein und führen „Säuberungsaktionen“ durch. Am 15. Januar werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet, die wichtigsten Köpfe der zur Jahreswende gegründeten KPD. Dieser Mord wird die Republik dauerhaft schwer belasten.

Nur vier Tage danach findet die Wahl der Nationalversammlung statt. Die SPD wird mit knapp 38 Prozent der Stimmen zwar stärkste Partei, ist aber deutlich schwächer als die Parteispitze erhofft hatte. Die katholische Zentrumspartei und die Linksliberalen Demokraten erreichen jeweils knapp 20 Prozent. Gemeinsam verfügen die drei Parteien über eine Drei-Viertel-Mehrheit. Die USPD kommt auf 7,6 Prozent, weniger als ein Fünftel der SPD-Stimmen. Für die nationale und nationalistische Parteien stimmen 14,7 Prozent der Wähler.

Am 6. Februar tritt die Nationalversammlung erstmals zusammen – im ruhigen Weimar, nicht im politisch aufgewühlten Berlin. Fünf Tage danach wird Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten gewählt. Dann wählt die Versammlung die Regierung,

auf die sich SPD, DDP und Zentrumspartei verständigt haben: ein Mitte-Links-Bündnis von bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten. Man spricht bis heute von der Weimarer Koalition.

Damit ist formal die Zeit des Übergangs vorbei. Alle Staatsorgane sind gewählt, und mit der Verabschiedung der Verfassung ist im Sommer 1919 die parlamentarische Republik vollendet.

Es zeigt sich aber, dass das Erreichte nicht den Erwartungen vieler Arbeiter entspricht, die im November geholfen haben, das Kaiserreich zu stürzen. Im Frühjahr 1919 kommt es zu großen Streiks im Ruhrgebiet und im mitteldeutschen Industrievier, in Berlin entwickelt sich ein Generalstreik zum Aufstand, in Bayern wird nach der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) eine Räterepublik ausgerufen. Stets schlagen Truppenverbände die Proteste nieder und gehen dabei mit großer Brutalität vor. Bei diesen Kämpfen kommen mehr als 5.000 Menschen ums Leben. Die politische Verantwortung trägt der Sozialdemokrat Gustav Noske, der als Reichswehrminister den Kurs weiter verfolgt, den die Regierung im Januar eingeschlagen hat. In diesen Monaten entsteht der KPD-Slogan „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Er bleibt jahrzehntelang lebendig und belastet bis heute das Verhältnis der SPD und der Linken zu dieser Revolution.

Wie sehr 1919 die Stimmung kippt, zeigt sich bei den nächsten Reichstagswahlen, die nach dem gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putsch bereits im Juni 1920 stattfinden. Im Vergleich zur Wahl vom Januar 1919 kommt es zu gewaltigen Veränderungen. Die SPD erreicht nur noch 21,6 Prozent der Stimmen, hat also mehr als 40 Prozent ihrer Wählerschaft verloren. Die USPD kommt auf 17,9 Prozent der Stimmen, mehr als doppelt so viel wie 1919 und ist jetzt fast auf Augenhöhe mit der SPD. Die nationale und nationalistische Rechte erreicht 29 Prozent, auch sie verdoppelt ihre Stimmenzahl. Die KPD bleibt mit 2,1 Prozent eine Splitterpartei. Große Verlierer sind neben der SPD die liberalen Demokraten.

Dass die Stimmung im Bürgertum vom Demokratischen ins Nationale driftet, hat auch mit außenpolitischen Fragen zu tun. Die Heeresleitung hat sich schon im November 1918 aus der Verantwortung für den verlorenen Krieg gestohlen. Politiker müssen am 11. November den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen – ein militärgeschichtlich beispielloser Vorgang. Schon bald setzen die Generäle die Legende in Umlauf, ohne Revolution hätte der Krieg noch lange fortgesetzt, vielleicht sogar gewonnen werden können. Die Revolution in der Heimat sei der Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres gewesen. Der als hart empfundene Friedensvertrag von Versailles wird der Revolution und nicht dem Kaiserreich angelastet. Die Dolchstoßlegende ist eine der wirksamsten Waffen, mit denen die nationale Rechte die Republik von Anfang an bekämpft.

So wird die Revolution von 1918/19 schon bald zur ungeliebten Revolution. Nur Sozialdemokraten bekennen sich zu ihr. Viele SPD-Ortsvereine feiern jährlich am 9. November, während die Parteispitze sich vor allem zugutehält, Deutschland vor dem Bolschewismus bewahrt zu haben. Selbstbewusste und stolze Erinnerung an den Beginn der Demokratie sieht anders aus.

Adolf Hitler beginnt schon früh, den 9. November für seine Zwecke zu missbrauchen. Jahr für Jahr setzt er der Republik an diesem Tag seine Kampfansage entgegen. Mit

allen Mitteln will er die Revolution rückgängig machen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Hitler nennt sie Vaterlandsverräter und Verbrecher, spricht von feigem Gesocks und Gesindel. Symbolträchtig unternimmt er seinen Putschversuch am 9. November 1923 und gründet die SS am 9. November 1925. Jährlich schwört er zum 9. November im Münchner Bürgerbräukeller die Bewegung auf seine Ziele ein. Am 9. November 1938 werden Synagogen in Brand gesteckt und Juden ermordet. Der Nationalsozialismus versteht sich in allererster Linie als Gegenbewegung zur Revolution von 1918/19.

Ein positives Narrativ entsteht auch nach 1945 nicht. Die Revolution bleibt ein Politikum. Daran ändert die intensive historische Forschung nichts, die es in der Bundesrepublik ab dem Ende der Fünfzigerjahre für zwei Jahrzehnte gibt. Solange der Ost-West-Gegensatz die Weltpolitik beherrscht, ist die Revolution 1918/19 ein Ball im geschichtspolitischen Spiel der Erinnerungskultur. Danach gerät sie fast völlig in Vergessenheit.

Nach 100 Jahren ist es Zeit, das zu ändern. Wir sollten das Jubiläumsjahr nutzen, uns neu mit dieser Revolution zu beschäftigen. Wir verdanken ihr wesentliche Grundlagen unserer Gesellschaft. Sie ist eine der stärksten Wurzeln der heutigen Bundesrepublik, in der ja auch die meisten Ziele der damaligen Revolutionsbewegung verwirklicht sind.

In der Weimarer Republik ist das noch nicht gelungen. Aber sie war keineswegs ein zum Scheitern verurteiltes Experiment. Sie war nach schwierigen Anfangsjahren ein stabiles demokratisches Staatswesen auf gutem Weg. Die Weimarer Republik ist nicht an den Versäumnissen der Revolutionszeit gescheitert, sondern an den Folgen der Weltwirtschaftskrise und einer völlig verfehlten Wirtschaftspolitik zu Beginn der 30er-Jahre.

Das sollte uns auch aktuell zu denken geben. Was unsere heutige liberale und soziale Demokratie angeht, haben wir uns lange in Sicherheit gefühlt. Inzwischen aber haben sogenannte Populisten Hochkonjunktur, und autoritäre Regime sind auch in Europa zum Problem geworden. Das macht uns bewusst: Demokratische Verhältnisse sind keine Selbstverständlichkeit. Demokratie muss erkämpft und verteidigt werden. Sie erfordert immer wieder aufs Neue unseren Einsatz. Auch dafür kann lebendige Erinnerung an die Revolution 1918/19 unseren Blick schärfen. Es ist Zeit, sie zum festen Bestandteil unserer demokratischen Tradition zu machen.

Abmoderation:

Das war in der SWR2 Aula der Vortrag "Die Revolution von 1918 – der wahre Beginn unserer Demokratie" vom Historiker Wolfgang Niess. Sie können die Sendung nachhören oder nachlesen, Infos dazu finden Sie auf der entsprechenden Homepage: www.swr2.de/wissen.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen.

Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert.

Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die neue SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen

...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app